

Antrag

der Abg. Sascha Binder u. a. SPD

Unterstützung der Landesregierung zur Nachnutzung des ehemaligen Areals der Zollernalb-Kaserne in Meßstetten

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche zusätzlichen Anmietungen (Container, Flächen) über einen wie langen Zeitraum am Standort der Polizeischule in Wertheim erforderlich sind, um einen ordnungsgemäßen Schulbetrieb zu gewährleisten;
2. auf welche Summe sich die Anmietungskosten belaufen, die für einen ordnungsgemäßen Schulbetrieb an der Polizeischule am Standort Wertheim erforderlich sind;
3. welche Kosten für das Anmieten bzw. die Nutzung von Schießanlagen und Turnhallen anfallen, die derzeit am Standort Wertheim nicht zur Verfügung stehen;
4. wie die Landesregierung zu der Auffassung kommt, dass der Standort Wertheim kostengünstiger als der Standort Meßstetten sei, wenn zum Zeitpunkt der Entscheidung lediglich feststand, dass es sich in Wertheim um einen landeseigenen Standort handelt;
5. inwiefern sie angesichts der enormen Investitionskosten (Baukosten und Anmietungskosten) am Standort Wertheim auch weiterhin davon ausgeht, dass der Standort Wertheim kostengünstiger als der Standort Meßstetten sei;
6. welche konkreten Sanierungsmaßnahmen in erheblichen Umfang in Meßstetten erforderlich gewesen wären, um die ehemalige Landeserstaufnahmestelle auf dem Kasernenareal als Polizeischule zu nutzen;
7. inwiefern ein Gutachten bzw. eine Schätzung des Staatlichen Hochbauamts Reutlingen zu den Kosten vorliegt, die erforderlich sind, um den Standort Meßstetten als Polizeischule zu nutzen;
8. zu welchem Ergebnis das unter Ziffer 7 benannte Gutachten bzw. die Kostenschätzung kommt;
9. welche Gespräche mit wem und wann zur Nutzung der ehemaligen Landeserstaufnahmestelle auf dem Kasernenareal in Meßstetten als Polizeischule geführt wurden;
10. welche konkreten Unterstützungsangebote es seitens der Landesregierung im Rahmen der Suche nach Möglichkeiten für eine Nachnutzung des ehemaligen Areals der Zollernalb-Kaserne in Meßstetten gibt;
11. wie viele Gespräche (unter Angabe des Datums) zwischen Land und Stadt seit dem Gespräch am 20. Dezember 2017, bei dem der Beginn eines Gesprächsprozesses verabredet wurde, geführt wurden;

12. zu welchen Ergebnissen das Land und die Stadt Meßstetten in ihren Gesprächen seit dem 20. Dezember 2017 gekommen sind.

08.06.2018

Binder, Hinderer, Stickelberger, Rivoir, Dr. Weirauch SPD

Begründung

Es ist nach wie vor nicht nachvollziehbar, warum sich das Innenministerium gegen eine Nutzung der ehemaligen Zollernalb-Kaserne in Meßstetten als Polizeischulstandort entschieden hat. Vor dem Hintergrund, dass am Standort Wertheim erhebliche Millionensummen aufgewendet werden müssen, um diesen als Polizeischule zu nutzen, stellt sich vielmehr die Frage, ob der Standort in Wertheim tatsächlich allein deshalb kostengünstiger ist, weil es sich dort um eine landeseigene Immobilie handelt.

Unklar ist weiterhin, wie die Landesregierung zu dem Ergebnis kommt, dass in Meßstetten erhebliche Kosten für Sanierungen anfallen würden. Nach eigener Aussage hat sie nicht geprüft, welche Kosten hierfür tatsächlich anfallen würden.

Offen ist außerdem, wie die Landesregierung ihrer Vereinbarung mit der Stadt Meßstetten nachkommen will, in der sie sich verpflichtet, Meßstetten bei den Bemühungen um eine Nachnutzung des Geländes der ehemaligen Zollernalb-Kaserne zu unterstützen. Der Antrag soll in Erfahrung bringen, zu welchen Ergebnissen Land und Stadt in dem am 20. Dezember 2017 vereinbarten Gesprächsprozess bislang kommen sind.